

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zahlung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Porto. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Mehrfachbestellungen werden nach Möglichkeit annehmbar zu jeder Zeit. Bei Abnahme von mehreren Exemplaren besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oberhalb des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Rpf. Nachweisungsgebühr 20 Rpf. und Postgebühren. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen werden, wie keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch die Redaktion eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, ein Neben alle Veranlassungen entgegengenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 261 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, den 8. November 1930

## Wege der Mühsal.

Das strategische Ziel. — Große Klänge. — Steuern in Naturalien.

Die „große Politik“ auf dem steuer-, finanz- und wirtschaftspolitischen Gebiet hat sich ebenso isoliert und hinter die verschlossenen Türen der Reichsratskommissionen zurückgezogen, wie das mit den Fragen der außenpolitischen Politik geschehen ist. Das letzte, was man hierüber erfährt, hat der Reichstanzler in seiner großen Rede vor dem Reichsrat in recht dunklen Andeutungen skizziert und seine kurzen Sätze mit der auffälligen Mahnung an die Vertreter der Länderregierungen geschlossen, sie sollten bei ihren Reden und Verhandlungen immer daran denken, daß sie alles, was sie über die außenpolitischen Absichten der Reichsregierung erfahren hätten, streng vertraulich behandeln. Denn die den Reichsratsverhandlungen vorausgegangenen „internen“ Besprechungen mit den Länderregierungen sind gleichfalls hinter fest verschlossenen Türen erfolgt, weil sich die Reichsregierung „Ausmaß und Tempo“ ihres außenpolitischen Vorgehens nicht nur vorbehalten hat — im Auswärtigen Ausschuss ist ja eine Direktive hierfür nur in der Abrüstungsfrage gegeben worden —, sondern auch Wert darauf legt, darüber nichts Näheres in die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Das strategische Ziel wird dagegen mit aller Deutlichkeit enthüllt. Vielleicht wird dabei aber doch nicht verständlich genug, was Dr. Brüning mit der „Freiheit“ meint, die mittels der Durchführung seines großen Wirtschafts- und Finanzprogramms „erweitert“ werden soll. Auch hier steht im Hintergrund das bekannte Moratoriums- oder Revisionssbegehren, stehen aber auch die bitteren Erfahrungen, die wir bei den Revisionberatungen über den Dawes-Plan machen mußten: der finanzielle Druck von außen her und das Fehlen jeder gut vorbereiteten eigenen Finanzierung haben Deutschland damals zum Nachgeben gegenüber Forderungen gezwungen, die wir selbst erst als unannehmbar bezeichnet hatten. Das darf nicht zum zweitenmal geschehen, namentlich dann nicht, wenn wieder und wirklich die deutsche Außenpolitik die Problematik des Young-Planes zum Drehpunkt internationaler Auseinandersetzungen machen will. Dann müssen wir die Arme frei haben, dürfen in diesem „Krieg“ nicht wieder durch Finanznöte zum Rückzug und zur Aufgabe des Widerstandes gezwungen werden. Und es nicht riskieren, daß die Erklärung eines Transfers oder gar Ausfuhrmoratoriums mit darauffolgender internationaler Untersuchung unserer Wirtschaftslage endet mit der Wiedereinführung einer Finanzkontrolle à la Parker Gilbert! Die jetzt errungene „Freiheit“ davon muß „unter allen Umständen erhalten bleiben; das ist Aufgabe jeder Reichsregierung, wie sie auch zusammengesetzt sein mag“. Und um dies möglich zu machen, verlangt der Reichstanzler eben tanwillinge Opferbereitschaft.

Auch die Gegenseite soll, wie es der Young-Plan fordert, uns bei diesen Anstrengungen helfen. Statt dessen wirft man uns die übelsten Steine auf den Weg der Mühsal. Mit welchem Trompetenschmetterling es los in der französischen Deputiertenkammer und nicht minder laut vor der Versammlung dort diesen Ansinnen gesendet wurde — aus den Reihen der hinter Tardieus' Kabinett stehenden Parteien! Und das ist die Mehrheit der französischen Volksvertretung! Was Franklin-Vouillon als Duvertüre des jetzt anhebenden Konzerts in der Deputiertenkammer blies, waren die grellen Klänge unverkennbarer Gewaltandrohung, wenn Deutschland an seinen Ketten rüttelt. Es ist der Unglaube, der jetzt vor zwölf Jahren im Wald von Compiègne mit harter Stimme das Anbelagungsdiat über Deutschland aussprach und es sich dann in Versailles befähigen ließ. Es ist der Wahnsinn, der immer noch glaubt, daß ein 65-Millionen-Volk auf Generationen hinaus, ja für immer diese Ketten und diesen Anbelag tragen müßte, nicht einmal aufbegehren darf. Auch dann nicht, wenn sich die Gegenseite den Teufel darum kümmert, ihre eigenen Verpflichtungen aus jenem Vertrage zu erfüllen. Wie ein Papageien geschrei hört man von jenseits der Grenze immer nur von „deutschem Kriegswillen“, von „Stahlhelm“ und „Hitler-Wahlen“. Franklin-Vouillon verlangt daher die „unbedingte Zurückweisung jedes Moratoriumsbegehrens“ — wozu nach dem Young-Plan Frankreich gar kein Recht hat —, dann „strikte Unterjagung jeder deutschen Aufrüstung“ — aber keinerlei französische Aufrüstung, nur das Gegenteil — und „kein Mitteln am Versailler Vertrag“ — doch allein da, wo es sich um deutsche Verpflichtungen handelt! Das alles wird von Versailles unterfritten und zuwenig ist es dabei, wenn man deutscherseits darauf nur mit einem Achselzucken antwortet. Tardieu selbst ist ja, um am Ruder zu bleiben, auf diese Mehrheit angewiesen, aus der irgendwelcher Versöhnungswille nicht mit dem leifesten Ton spricht. Die militärische Macht, daran etwas zu ändern, hat Deutschland nicht. Und so müssen wir vorerst den Weg der Mühsal weiterwandern.

Es ist der Weg einer wachsenden Mühsal. Gewiß ist es nur ein einzelnes Symptom dafür, aber es läßt die

## Revolution der Weltwirtschaft

Stegerwald über die Zusammenhänge der Krise. — Die Möglichkeiten zur Lösung des Arbeitslosenproblems.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Zentrumspartei sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über die Arbeitslosenfrage. Er führte aus, die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise seien klar erkennbar. Die Erzeugungskapazität sei in den einundzwanzig Jahren sehr viel stärker gewachsen als der Verbrauch zu solcher vermocht hat. In der Agrarwirtschaft werde heute ungleich mehr Erzeugnisse verbraucht, als vor dem Kriege. Damit würden sehr viel größere Ertrügergebnisse erzielt als vor 1914. Kriegs- und Nachkriegszeit hätten eine Reihe Länder stark industrialisiert. Dazu komme die ungeheure Rationalisierung. Und so seien viele Millionen Menschen freigesetzt worden, die heute ohne Arbeit sind. Europa sei heute weniger denn je eine wirtschaftliche Einheit. Wir könnten beobachten, wie mit Ausnahme von England und Deutschland alle Staaten Europas, die am Kriege beteiligt waren, geringwertige Güter aufzuweisen haben: Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, die Tschechoslowakei und Polen. Das habe zur Folge, daß in diesen Ländern die Lebenshaltung sehr viel billiger sei als in Deutschland, wodurch auch die deutsche internationale Wettbewerbsfähigkeit erschwert wird. In der Weltwirtschaft spiele sich gegenwärtig eine ungeheure Revolution ab.

### Krieg und Reparationsregelung

hätten sodann bewirkt, daß ein Land in Geld schwimmt, mit das andere mit Kapitalknappheit zu kämpfen hat. Amerika und Frankreich wissen nicht, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollen. Die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit der Reparationsfrage habe Deutschlands Finanzen nahezu an der Abgrund gebracht. Die Arbeitslosenfrage sei für Deutschland also nicht nur ein wirtschaftliches und finanzielles, sondern auch ein volkspolitisches und seelisches Problem. Deutschland sei ein überbevölkertes Land. Was könne nun Deutschland

### zur Bewältigung des Arbeitslosenproblems

tun? Wir müßten alles aufbieten, was menschenmöglich ist um der Arbeitslosigkeit beizukommen. Das sei Kern und Sinn des Sanierungsprogramms der Reichsregierung. In einzelnen Lagen könne man daran vieles bemängeln. Das Entscheidende aber sei: wer schlägt ein besseres und in Hinblick auf die Gesamtlage Deutschlands auch praktisch durchführbares Programm vor? Was heute unsozial erscheine könne morgen die größte soziale Tat sein. Wenn die Gesamt-

sanierung von Staat und Wirtschaft in Deutschland getinge wenn in absehbarer Zeit wieder eine Million Arbeitslose mehr in den Produktionsprozess eingegliedert werden können dann sei das die größte soziale Tat.

### Preisförmung für Lebensmittel.

Vertreter des Deutschen Städtetages beim Reichsernährungsminister.

Reichsernährungsminister Dr. Schiele empfing den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Mulert, sowie die Bürgermeister Adenauer, Köln, Böhler, Dresden, Brauer, Altona, Lohmeyer, Königsberg, Luppe, Nürnberg, und Scharnagel, München, um mit ihnen die geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisförmung für Lebensmittel zu besprechen.

Der Minister berichtete über den Stand der Verhandlungen und legte die Gründe und Ziele der Preisförmung im einzelnen dar. Unter Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage und die zurzeit bestehenden überhöhten Spannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen richtete der Minister an die Vertreter des Städtetages die Bitte, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln

### die Bestrebungen der Reichsregierung auf Preisförmung zu unterstützen.

Die Vertreter des Städtetages betonten ihrerseits, daß auch sie eine erhebliche Senkung der Handelspreisen bei Lebensmitteln, insbesondere bei Brot, Fleisch und Kartoffeln, für möglich hielten. Eine derartige Preisförmung sei überdies unbedingt notwendig, nicht nur mit Rücksicht auf die bereits durchgeführten und noch bestehenden Lohn- und Gehaltsförmungen, sondern auch im Interesse der großen Anzahl von Erwerbslosen, die auf eine Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter angewiesen seien. Sie begrüßten das Vorgehen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisförmung und versprachen, die von ihr geplanten Maßnahmen mit Nachdruck zu unterstützen.

Lage doch genugsam erkennen: der Bauer will seine Steuern bezahlen, aber nicht in Geld, sondern in „Naturalien“, also mit seinen Erzeugnissen. Ein paar mal drängen ja schon Meldungen in die Öffentlichkeit, daß in Schleswig oder in Ostpreußen, wo die Absatzmöglichkeiten für Agrarerzeugnisse ganz besonders schlecht sind, ein bäuerlicher Steuerzahler mit einer Wagenladung Kohl oder Kartoffeln auf dem Hofe des mahnenden Finanzamtes erschien, um zu „bezahlen“. In dem schlesischen Kreis Krausnick soll der Landrat auch tatsächlich entsprechende Annahme- und „Verrechnungs“anweisungen gegeben haben. In tadeln oder darüber zu lächeln vermag nur, wer nicht einzusehen imstande ist, daß die äußerste Not, schwerste Mühsal den Landwirt zu dieser Fahrt zum Finanzamt zwingt. Gleichsam ein Rückkehrer in die Gewohnheit früherer Jahrhunderte ist es; fronden müssen wir alle auf dem Wege der Mühsal, aber wir wären zufrieden, wenn wir nur zu „zehnten“ bräuchten.

## Rüstungsverminderung gefordert.

Gedämpfte Stimmung.

Die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission werden fortgesetzt, obwohl sich bereits nach dem ersten Tage eine ziemlich hoffnungslose Stimmung bemerkbar zu machen scheint angesichts des Widerstandes Frankreichs und Englands gegen eine nachhaltige Abrüstung. Es begann die zweite Lesung der noch nicht erledigten Artikel des Entwurfs über die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen. Hauptstreitgegenstand war die Einteilung der Seekreiskräfte, des Unterschiedes zwischen Offizier und Unteroffizier in der Marine und die Bestimmung der Gesamtstärke der Marinekreiskräfte. Am Schluß der Sitzung kam bei dem Artikel über die Dienstzeit der Volksheere auch die Frage der ausgebildeten Reserven zur Sprache, wozu der deutsche Delegierte Graf Bernstorff der deutschen Antrag wieder einbrachte, weil hier eine Möglichkeit gegeben ist, durch die Festsetzung der Ziffern und die Festlegung der Dienstzeit auch die ausgebildeten Reserven zu beschränken.

Die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten haben an der Haltung nichts geändert, die sie auf der letzten Tagung eingenommen hatten und die ein Entgegenkommen gegenüber Frankreich bedeutet. Der Vertreter Deutschlands hatte seinerzeit einen Antrag gestellt, der die Möglichkeit zeigte, die ausgebildeten Reserven beim Vergleich der einzelnen Heere und bei der Festlegung ihrer Rüstungsherabsetzung in Anrechnung zu bringen.

### Erklärung Graf Bernstorffs.

Der Vertreter Deutschlands, Graf Bernstorff, gab eine grundsätzliche Erklärung ab, nach der die deutsche

Regierung den entsprechenden gesamten Artikel des Entwurfs, der lediglich von einer Begrenzung der aktiven Truppenbestände sowie der militärisch organisierten Formationen spricht, ablehnt. Die deutsche Abordnung verzichtete darauf, in Zukunft bei jedem einzelnen Punkte dagegen zu stimmen, und erklärte hiermit ihre gesamte ablehnende Haltung zu dieser Art der Regelung der Landabrüstungsfragen. In dem Artikel 1 liegt ein allgemeiner Vorbehalt der deutschen Regierung vor. Die deutsche Regierung wird bei der späteren Verhandlung der militärischen Ausbildungszeit vom Ausschuss eine endgültige Stellungnahme und Abstimmung über die Frage der ausgebildeten Reserven fordern.

Es entspann sich eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Seemächten England, Amerika, Japan und auch Italien auf der einen Seite und den Landmächten unter Führung Frankreichs auf der anderen Seite über die Erfassung der Personalbestände. Der Abstammensentwurf sieht für die Landtruppen die Festlegung einer Höchstzahl für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften vor. Die englische Regierung beantragte nun, daß die Seemächte das Recht erhalten, lediglich eine Gesamtzahl ihres Stabpersonal ohne Einzelunterscheidung anzugeben, während die Landmächte gezwungen werden sollen, ihre Personalbestände nach Dienstgraden festzusetzen. Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow befürwortete gleichfalls den englischen Antrag. Es wurde beschlossen, daß diejenigen Mächte, die an dem höchst bedeutsamen englischen Antrag interessiert seien, vertraulich hierüber verhandeln sollen.

### Die Arbeit des Reichsrats.

Zuschlag zur Einkommensteuer angenommen.

Die Reichsratsausschüsse berieten den Gesetzentwurf zur Ausgabenbegrenzung in den Etats des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Danach darf die Summe der Staatsausgaben in den Jahren 1932 und 1933 die Aufwände von 1931 nicht überschreiten. Erhöhen sich die Einnahmen gegenüber den für 1931 eingestellten Beträgen, so müssen sie zur Steuerförmung verwendet werden, soweit sie nicht zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung bestimmt sind. Die Ausschüsse, bei deren Beratungen wieder Reichsfinanzminister Dietrich der Vorsitz führte, beendeten die erste und zweite Lesung der Novelle zur Einkommensteuer. Sie enthält die weitere Erhebung der Vermögenssteuer, des fünfprozentigen Zuschlags zur Einkommensteuer und der Aufschlagssteuer, die auf sechs Prozent festgesetzt wird. Gegenüber irrigen Auslegungen wird hierbei darauf hingewiesen, daß auch Beamte, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, also über 8400 Mark Einkommen haben, neben der Gehaltsförmung den Einkommensteuernzuschlag zu zahlen haben.